

## Bürgerallianz: Augenmaß bei Rückforderung von Kommunalabgaben

18.01.2014 - 19:37 Uhr

Erfurt. Wegen der geplanten Änderung des Kommunalabgabengesetz hat sich die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben zu Wort gemeldet. Sie fordert eine Begrenzung der Frist für rückwirkende Forderungen von Abgaben auf vier Jahre.



Wolfgang Kleindienst, Vorsitzender der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben, fordert Begrenzung der Frist für rückwirkende Forderungen von Abgaben auf vier Jahre.

Archiv-Foto: Peter Cissek/otz

Die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben mahnt die Landesregierung zu Augenmaß bei der geplanten Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Die Frist für rückwirkende Forderungen von Abgaben wie Straßenausbaubeiträge durch die Kommunen müsse auf maximal vier Jahre begrenzt werden, verlangte der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Kleindienst am Samstag. Nachforderungen länger zurückliegender Zahlungen seien "Grund genug, den Ausgang der Landtagswahlen zu beeinflussen", heißt es in einer Mitteilung.

Hintergrund ist ein Gesetzentwurf, den das CDU-geführte Innenministerium im Herbst vorgelegt hatte und der auch bei den Landtagsparteien umstritten ist. Die Landesregierung hatte damit auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ähnlichen Regelungen in Bayern reagiert. Umstritten ist vor allem die lange Übergangsfrist in dem Gesetz. Theoretisch könnten damit die in Thüringen heftig umstrittenen Straßenausbaubeiträge von Bürgern noch aus dem Jahr 1991 zurückgefordert werden.

18.01.14 / dpa